

8/SN-212/ME

Amt der o.ö. LandesregierungVerf - 300272/6 - Me

Linz, am 14. Juli 1992

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das
Bundesgesetz über die Abgel-
tung von bestimmten Unter-
richts- und Erziehungstätig-
keiten geändert wird;
Entwurf - Stellungnahme

Verfassungsdienst:
Bearbeiterin Dr. Meßner
(0732) 2720/1706

Zu GZ 13.886/3-III/3/92 vom 9. Juni 1992

An das

Bundesministerium für
Unterricht und Kunst

Minoritenplatz 5
Postfach 65
1014 W i e n

GESETZENTWURF	
78-GE/19.91	
Datum:	30. JULI 1992
Verteilt:	31. Juli 1992 Fro

J. Bauer

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 9. Juni 1992 versandten Gesetzentwurf wie folgt
Stellung zu nehmen:

Das Amt der o.ö. Landesregierung hat sich bereits in der
Vergangenheit für eine Erhöhung der Praxisvergütung für die
lehrplanmäßig vorgesehene Kindergarten- bzw. Hortpraxis ein-
gesetzt; wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unser
diesbezüglich letztes Schreiben vom 10. Jänner 1992,
Bi-140007/30-1992, an das Bundesministerium für Unterricht
und Kunst.

Der vorliegende Gesetzentwurf trägt nun diesem Anliegen
grundsätzlich Rechnung, wenn auch die von den Kindergärt-
nerinnen zur Zeit in ihrer Freizeit aufgewendeten Leistungen
für Vorbereitung und Zusammenarbeit mit den Bildungsan-
stalten nur bedingt abgegolten werden. Da die Praxiseinsät-
ze für das Kindergarten- bzw. Hortpersonal nach wie vor eine
große Belastung darstellt, wird angeregt, daß seitens des
Bundesministeriums für Unterricht und Kunst angesichts des

eklatanten Mangels an Erziehungspersonal vermehrt auch eigene - wenn auch kostenintensive - Übungseinrichtungen in Verbindung mit den Bundes-Bildungsanstalten zur Verfügung gestellt werden.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. E. P e s e n d o r f e r

Landesamtsdirektor

F.d.A.d.A.:
